

Diskussion über die weitere Entwicklung im Hochschulwesen

Technische Revolution stellt den Hochschulen die Aufgaben

Von Dr. phil. Joh. Müller, Dozent am Institut für Marxismus-Leninismus

Die wissenschaftlich-technische Revolution, die in unserer Zeit alle Seiten des gesellschaftlichen Lebens durchdringt, wirkt sich natürlich auch auf die Entwicklung des Hochschulwesens aus. Es sind nunmehr Thesen zur weiteren konstanten Entwicklung des höheren akademischen Bildungswesens in der DDR vorzulegen. An dieser Stelle sollen dazu einige theoretische Bemerkungen gemacht werden.

Die wissenschaftlich-technische Revolution, die sich in unserer Zeit vollzieht, ist dadurch gekennzeichnet, daß sie einerseits die Stellung des Menschen im unmittelbaren Produktionsprozeß grundlegend verändert, und zwar so, daß als den Menschen, der bisher im Produktionsprozeß als unmittelbare Naturkraft wirkte, der Mensch tritt, der über die unmittelbaren Produktionsprozeß hinaus die bewußte, geistige Seite des Charakters der Arbeit.

In diesem Prozeß wird aber auch wesentlich die Rolle der Wissenschaft für die Produktion verändert. Wir sprechen davon, daß die Wissenschaft zur unmittel-

baren Produktivkraft wird. In der industriellen Revolution des 18. bzw. 19. Jahrhunderts wurden Wissenschaft und Produktionstechnik, die sich im Rahmen des Wesen nach gleichgültig gegenüberstanden, bereits enger miteinander verbunden. Trotzdem war auch in dieser Zeit Wissenschaft nur der Art, der die Schwächen und Gebrechen in technischen Erfindungen mindert oder beseitigt, die außerhalb der Wissenschaft zustande gekommen waren. Das grundlegende Neue in heutiger Verhältnis besteht nun darin, daß ein Großteil der naturwissenschaftlichen, technischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Probleme, die bei der Entwicklung der modernen Technik auftreten, nur unter unmittelbarem Einsatz der Wissenschaft gelöst werden können und somit die wissenschaftliche Forschung für den technischen Fortschritt wird. Auf der anderen Seite ermöglicht der technische Fortschritt überhaupt erst die Bewältigung bestimmter wissenschaftlicher Forschungsaufgaben. Diese neuen Beziehungen sind dabei, wie angeführt, nicht nur in der Naturwissenschaft, sondern auch in den Gesellschaftswissenschaften feststellbar.

Da nun in unserer heutigen Zeit der ökonomische Wettstreit von entscheidender Bedeutung für die Lösung der politischen Fragen ist, der ökonomische Wettstreit aber wesentlich durch die Entwicklung der neuen Technik und der Bereitschaft der Menschen, die in diesem Wettstreit ihren Mann stehen, so wird auch die wissenschaftliche Arbeit in unserer Zeit zu einem politischen Faktor allerersten Ranges.

Schließlich muß angemerkt werden, daß sich vor allem auch auf Grund dieser engeren Beziehungen zwischen Wissenschaft und Produktionstechnik die Entwicklung immer mehr vertieft und ein Land nur dann in der Lage ist, bei dieser Vertiefung Schritt zu halten, wenn es seine ganze Kraft darauf konzentriert, diese Wechselbeziehung zwischen Wissenschaft und Produktionstechnik zu realisieren.

Die Umwandlung der Wissenschaft zur unmittelbaren Produktivkraft im eben geschilderten Sinne hat auch Auswirkungen auf die Stellung des Menschen in der wissenschaftlichen Arbeit. Der Einsatz der modernen Wissenschaft revolutioniert nicht nur die körperliche, sondern auch die geistige Arbeit. Man kann zunächst mit Sicherheit sagen, daß der zur Zeit noch sehr hohe Anteil der Routine-Arbeit in der geistigen Tätigkeit in Zukunft erheblich zurückgehen wird, weil schließlich jede Routine-Arbeit programmiert und elektronischen Rechnern übergeben werden kann.

Die zukünftige Arbeit des Wissenschaftlers wird also in viel größerem Umfang als bisher schöpferischer Arbeit sein müssen. Andererseits muß beachtet werden, daß die Vertiefung der Entwicklungszeit natürlich nur zu bewältigen ist, wenn in Forschung und Entwicklung die Gemeinschaftsarbeit zustande gebracht wird.

Größere Probleme werden in Zukunft stets ein sorgfältig ausgewähltes und verständnisvoll zusammenarbeitendes Kollektiv von Wissenschaftlern der verschiedenen Spezialdisziplinen erfordern, in breitem Maße diskutiert werden. Die Länge des Grundstudiums sollte beeinflusst werden durch die Anforderungen an die Studierenden. Die Diskussion der „Prinzipien“ stellt somit gleichzeitig eine Überprüfung unserer Ausbildungs- und Erziehungsprobleme dar.

Einige Hinweise zum Ablauf des Studiums.

Die in den „Prinzipien“ festgelegte Einteilung und der Ablauf des Studiums umfaßt vier Kategorien des Studiums, nämlich: Grundstudium, Fachstudium, Spezialstudium oder Forschungstudium. Aus der prägnanten Zäsur nach jeder Kategorie des Studiums mit Angabe der Prüfungs- und Berufsbezeichnung bzw. das akademische Grade hinaus geschlossen werden, daß das gesamte Studium nicht als ein geschlossener Komplex gesehen werden sollte und daß ein Teil der Studierenden bereits nach dem Fachstudium in die Praxis gehen könnte. Nach Meinung des Verfassers sollten das nur Ausnahmen darstellen. Es kann nicht zu sein, daß eine relativ große Anzahl von Studenten immatrikuliert wird und ein bestimmter Teil davon nach der Hauptprüfung die Fortsetzung des Studiums nicht beibringt. Das gesamte Studium ist ein geschlossener Komplex, dessen Abschluss Ausbildung und Erziehungsziele darstellen, so ähnlich wie früher das Vordiplom auch ein Ausbildungsziel war.

Nach Meinung des Autors soll das Grundstudium 1 und das Fachstudium 4 Semester umfassen. Das ist bereits ein Punkt, auf den man bei der Diskussion einstimmen. Die Prinzipien zur weiteren Entwicklung von Lehre und Forschung betonen wertvolle Verschiebe für grundlegende Veränderungen in den Phasen der Ausbildung. Nicht nur in der Produktion ist ein Verzicht zu schaffen, sondern auch in der Ausbildung und Erziehung. Unsere Volkswirtschaft braucht eine immer größere Zahl wissenschaftlich hochqualifizierter Kräfte mit hohen politischen und moralischen Eigenschaften. Das ist nur über eine Neuprofilierung von Lehre und Forschung zu erreichen.

Schließlich sind auch Überlegungen notwendig, wie hoch der Anteil der Studierenden der naturwissenschaftlichen, technischen und ingenieurökonomischen Disziplinen an der Gesamtzahl der Studierenden sein muß. Dieser Anteil betragt gegenwärtig in der DDR 33 Prozent, in einigen führenden Industrieländern liegt er etwas höher, bei etwa 40 bis 50 Prozent. Das gegenwärtige jährliche Wachstumstempo der technischen und naturwissenschaftlichen Kräfte beträgt in den USA, England und Frankreich etwa 6 Prozent, das heißt, in etwa 12 Jahren tritt eine Verdoppelung dieser Kräfte ein. Wir müssen deshalb in den nächsten Jahren eine weit höhere Zuwachsrate haben. Die sozialistischen Produktionsverhältnisse bieten hier große Vorteile, um im ökonomischen Wettstreit mit den staatsmonopolistischen Staaten zu siegen. Der Ausmarsch der friedlichen Weltbewegung zwischen den beiden Weltkriegen wird im wesentlichen dadurch bestimmt, hob Walter Ulbricht hervor, welche Gesellschaftsordnung die Wissen-

gen der Volkswirtschaft gerecht werden als auch der Forderung, die Entwicklung selbständiger Persönlichkeiten zu unterstützen, könnte vor dem Ausbildungs- und Erziehungsprozeß durch die Forschungsarbeit noch positiver beeinflusst werden.

Wie muß die Organisation an unserer Hochschule weiter verändert werden, damit den angeführten vielfältigen Forderungen in umfassendem Sinne Genüge getan werden kann?

Wir können vor die Anstrengungen gemeinsam auf bestimmte Ziele konzentrieren? Wie muß aber auch die Entwicklung des wissenschaftlichen Nachwuchses unterstützt werden usw.?

Wie verwirklichen wir in allen Fachrichtungen die Einheit von Bildung und Erziehung? Die Lösung der Probleme, die ich mich bemüht habe zu skizzieren, erfordert nicht nur umfangreiche Kenntnisse und entwickeltes Können, sondern auch eine in jeder Hinsicht entwickelte Persönlichkeit mit ausgeprägtem Verantwortungsbewußtsein, mit der Bereitschaft und der Fähigkeit zur Gemeinschaftsarbeit, mit politischer Klarheit und mit klarem Blick für die Probleme der Entwicklung unserer Gesellschaft.

Und ich denke, es ist offensichtlich, daß diese Einheit von Bildung und Erziehung zu verwirklichen nicht den Gesellschaftswissenschaftlern allein überlassen werden kann, Sie wird Wirklichkeit nur dann, wenn wir es verstehen werden, auch für die Lösung dieser außerordentlich schwierigen Aufgaben, aber auch schwierigen Problems die Gemeinschaftsarbeit aller Hochschullehrer zustande bringen.

Ohne Lösung dieser Fragen werden wir nicht in der Lage sein, die Aufgaben zu bewältigen, die der Prozeß der wissenschaftlich-technischen Revolution an uns stellt. Diese Aufgaben aber sind objektiv vorhanden und haben einen Reifegrad, in dem sie gelöst werden müssen!

Diplomprüfung stellt gleichzeitig eine Kontrolle über den Stand ihrer Dissertation dar.

Der Autor glaubt, dass der in den „Prinzipien“ vorgesehene Ablauf des Studiums real ist und die Verkürzung des Studiums auf 5 Jahre erreicht werden kann. Voraussetzung dazu ist aber vor allem, daß in der Lehre neue Wege beschritten werden. Die Methode der Vermittlung des Wissensstoffes muß sich ändern, so wie es Prof. Dr.-Ing. Pieper bereits in seinem Diskussionsbeitrag im „Hochschul-Spiegel“ Nr. 3/68 dargestellt hat.

Zum Schluß soll noch ein Gedanke zu einem Problem geäußert werden, das in den „Prinzipien“ nicht enthalten ist, nämlich die postgraduale Studie. Die Verantwortung der Hochschullehrer erstreckt sich nicht nur auf die an der Hochschule immatrikulierten Studierenden, sondern auch auf die Absolventen. Wenn nicht die Studenten so ausgebildet werden sollen, daß sie in zwanzig bis dreißig Jahren nach die Technik verstehen und beherrschen sollen, so wird es doch nötig sein, ein Absolventen von Zeit zu Zeit mit den neuesten Erkenntnissen ihres Arbeitsgebietes vertraut zu machen. Dies wird am zweckmäßigsten und rationalsten im postgradualen Studium an ihrer Alma Mater geschehen können.

Die Tendenz, Führungsrollen zu übernehmen, wird wieder an ihre Hochschule zu delegieren, wird sich im internationalen Rahmen immer mehr durch. Da die „Prinzipien“ für den Zeitraum bis 1975 bzw. 1980 die Richtschnur für das Hochschulwesen darstellen, sollten sie Hinweise auf das postgraduale Studium enthalten.

(Redaktionell geringfügig gekürzt.)

die nach der Lösung des gestellten Problems eventuell wieder aus- einandergehen, um in einer anderen Gruppe an der Lösung neuer Probleme mitzuarbeiten.

Dieser zuletztgenannte Tatbestand erfordert aber wiederum einen Spezialisten, der einerseits sehr spezielle Kenntnisse auf seinem engeren Gebiet besitzt, aber andererseits disponibel genug ist, an den verschiedensten Problemen verständnisvoll mitzuarbeiten. Alle angeführten Zusammenhänge bedingen schließlich auch eine große gesellschaftliche Verantwortung des Wissenschaftlers und somit ein größeres Verantwortungsbewußtsein und eine entwickeltere Verantwortungsbereitschaft.

Aus den bisherigen Darlegungen ergibt sich somit die Notwendigkeit, sich wenigstens in folgenden Richtungen Gedanken zu machen:

1. Wie muß die Ausbildung verändert werden, um besser als bisher in Übereinstimmung mit den Forderungen der wissenschaftlich-technischen Revolution zu sein?

Offensichtlich gilt es hier, sich darüber Gedanken zu machen, wie die Kenntnisse in den Grundlagen erweitert werden können, wie die Anwendbarkeit des Wissens verbessert werden kann, wie die Studenten mehr dazu befähigt werden können, selbständig Probleme zu lösen, wie wir sie umfassender mit modernen Arbeitsmethoden bekannt und mit ihrer Anwendung vertraut machen können, wie wir überhaupt die Selbständigkeit der Studierenden stärker entwickeln können.

2. Wie muß die Forschung an unserer Hochschule verändert werden, damit wir mit unseren Forschungsergebnissen aktiver in die Lösung der volkswirtschaftlichen Probleme eingreifen können? Wie muß aber auch die Forschung verändert werden, damit sie in der Ausbildung mehr als bisher zum Tragen kommt, denn gerade, wenn es uns gelingen würde, unsere Forschungsstätigkeit so zu gestalten, daß wir sowohl den Forderungen

über den man Klarheit schaffen muß. Die Länge des Grundstudiums sollte beeinflusst werden durch die Anforderungen an die Studierenden. Die Diskussion der „Prinzipien“ stellt somit gleichzeitig eine Überprüfung unserer Ausbildungs- und Erziehungsprobleme dar.

Einige Hinweise zum Ablauf des Studiums.

Die in den „Prinzipien“ festgelegte Einteilung und der Ablauf des Studiums umfaßt vier Kategorien des Studiums, nämlich: Grundstudium, Fachstudium, Spezialstudium oder Forschungstudium. Aus der prägnanten Zäsur nach jeder Kategorie des Studiums mit Angabe der Prüfungs- und Berufsbezeichnung bzw. das akademische Grade hinaus geschlossen werden, daß das gesamte Studium nicht als ein geschlossener Komplex gesehen werden sollte und daß ein Teil der Studierenden bereits nach dem Fachstudium in die Praxis gehen könnte. Nach Meinung des Verfassers sollten das nur Ausnahmen darstellen. Es kann nicht zu sein, daß eine relativ große Anzahl von Studenten immatrikuliert wird und ein bestimmter Teil davon nach der Hauptprüfung die Fortsetzung des Studiums nicht beibringt. Das gesamte Studium ist ein geschlossener Komplex, dessen Abschluss Ausbildung und Erziehungsziele darstellen, so ähnlich wie früher das Vordiplom auch ein Ausbildungsziel war.

Nach Meinung des Autors soll das Grundstudium 1 und das Fachstudium 4 Semester umfassen. Das ist bereits ein Punkt, auf den man bei der Diskussion einstimmen. Die Prinzipien zur weiteren Entwicklung von Lehre und Forschung betonen wertvolle Verschiebe für grundlegende Veränderungen in den Phasen der Ausbildung. Nicht nur in der Produktion ist ein Verzicht zu schaffen, sondern auch in der Ausbildung und Erziehung. Unsere Volkswirtschaft braucht eine immer größere Zahl wissenschaftlich hochqualifizierter Kräfte mit hohen politischen und moralischen Eigenschaften. Das ist nur über eine Neuprofilierung von Lehre und Forschung zu erreichen.

Schließlich sind auch Überlegungen notwendig, wie hoch der Anteil der Studierenden der naturwissenschaftlichen, technischen und ingenieurökonomischen Disziplinen an der Gesamtzahl der Studierenden sein muß. Dieser Anteil betragt gegenwärtig in der DDR 33 Prozent, in einigen führenden Industrieländern liegt er etwas höher, bei etwa 40 bis 50 Prozent. Das gegenwärtige jährliche Wachstumstempo der technischen und naturwissenschaftlichen Kräfte beträgt in den USA, England und Frankreich etwa 6 Prozent, das heißt, in etwa 12 Jahren tritt eine Verdoppelung dieser Kräfte ein. Wir müssen deshalb in den nächsten Jahren eine weit höhere Zuwachsrate haben. Die sozialistischen Produktionsverhältnisse bieten hier große Vorteile, um im ökonomischen Wettstreit mit den staatsmonopolistischen Staaten zu siegen. Der Ausmarsch der friedlichen Weltbewegung zwischen den beiden Weltkriegen wird im wesentlichen dadurch bestimmt, hob Walter Ulbricht hervor, welche Gesellschaftsordnung die Wissen-

gen der Volkswirtschaft gerecht werden als auch der Forderung, die Entwicklung selbständiger Persönlichkeiten zu unterstützen, könnte vor dem Ausbildungs- und Erziehungsprozeß durch die Forschungsarbeit noch positiver beeinflusst werden.

Wie muß die Organisation an unserer Hochschule weiter verändert werden, damit den angeführten vielfältigen Forderungen in umfassendem Sinne Genüge getan werden kann?

Wir können vor die Anstrengungen gemeinsam auf bestimmte Ziele konzentrieren? Wie muß aber auch die Entwicklung des wissenschaftlichen Nachwuchses unterstützt werden usw.?

Wie verwirklichen wir in allen Fachrichtungen die Einheit von Bildung und Erziehung? Die Lösung der Probleme, die ich mich bemüht habe zu skizzieren, erfordert nicht nur umfangreiche Kenntnisse und entwickeltes Können, sondern auch eine in jeder Hinsicht entwickelte Persönlichkeit mit ausgeprägtem Verantwortungsbewußtsein, mit der Bereitschaft und der Fähigkeit zur Gemeinschaftsarbeit, mit politischer Klarheit und mit klarem Blick für die Probleme der Entwicklung unserer Gesellschaft.

Und ich denke, es ist offensichtlich, daß diese Einheit von Bildung und Erziehung zu verwirklichen nicht den Gesellschaftswissenschaftlern allein überlassen werden kann, Sie wird Wirklichkeit nur dann, wenn wir es verstehen werden, auch für die Lösung dieser außerordentlich schwierigen Aufgaben, aber auch schwierigen Problems die Gemeinschaftsarbeit aller Hochschullehrer zustande bringen.

Ohne Lösung dieser Fragen werden wir nicht in der Lage sein, die Aufgaben zu bewältigen, die der Prozeß der wissenschaftlich-technischen Revolution an uns stellt. Diese Aufgaben aber sind objektiv vorhanden und haben einen Reifegrad, in dem sie gelöst werden müssen!

Diplomprüfung stellt gleichzeitig eine Kontrolle über den Stand ihrer Dissertation dar.

Der Autor glaubt, dass der in den „Prinzipien“ vorgesehene Ablauf des Studiums real ist und die Verkürzung des Studiums auf 5 Jahre erreicht werden kann. Voraussetzung dazu ist aber vor allem, daß in der Lehre neue Wege beschritten werden. Die Methode der Vermittlung des Wissensstoffes muß sich ändern, so wie es Prof. Dr.-Ing. Pieper bereits in seinem Diskussionsbeitrag im „Hochschul-Spiegel“ Nr. 3/68 dargestellt hat.

Zum Schluß soll noch ein Gedanke zu einem Problem geäußert werden, das in den „Prinzipien“ nicht enthalten ist, nämlich die postgraduale Studie. Die Verantwortung der Hochschullehrer erstreckt sich nicht nur auf die an der Hochschule immatrikulierten Studierenden, sondern auch auf die Absolventen. Wenn nicht die Studenten so ausgebildet werden sollen, daß sie in zwanzig bis dreißig Jahren nach die Technik verstehen und beherrschen sollen, so wird es doch nötig sein, ein Absolventen von Zeit zu Zeit mit den neuesten Erkenntnissen ihres Arbeitsgebietes vertraut zu machen. Dies wird am zweckmäßigsten und rationalsten im postgradualen Studium an ihrer Alma Mater geschehen können.

Die Tendenz, Führungsrollen zu übernehmen, wird wieder an ihre Hochschule zu delegieren, wird sich im internationalen Rahmen immer mehr durch. Da die „Prinzipien“ für den Zeitraum bis 1975 bzw. 1980 die Richtschnur für das Hochschulwesen darstellen, sollten sie Hinweise auf das postgraduale Studium enthalten.

(Redaktionell geringfügig gekürzt.)

Keine Atomwaffen für Bonn!

Am 27. Januar 1966 begannen in Genf erneut die Verhandlungen über die Abrüstung. Die Sowjetunion legte einen Vertragsentwurf über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen vor, der von den Forschungen der 20. Tagung der UNO-Vollversammlung in New York entpricht.

Angesichts der internationalen Spannungen, die durch die Aggressivität und das Profitstreben der Monopole hervorgerufen wurden, sind das Zustandekommen und vor allem die Ergebnisse der Verhandlungen in Genf von großer Bedeutung. Wie oft saß das Welt in den letzten Jahren durch Provokationen, Grenzstreitigkeiten und Kampfhandlungen, die imperialistische Kreise heraufbeschworen, am Rande eines neuen Weltkrieges. Durch die konsequente Friedenspolitik der Sowjetunion, durch ihre großen Anstrengungen beim Aufbau des Kommunismus, der ja nur im Frieden möglich ist, wurde 1963 das Verbot von Kernwaffenversuchen in Moskau unterzeichnet, und erst kürzlich konnte durch sowjetische Initiative der indisch-pakistanische Grenzkonflikt im Tschinkenter Vertrag beigelegt werden.

Da Deutschland zweimal der Ausgangspunkt eines Weltkrieges war, ist der Vorschlag der DDR über den Verzicht beider deutscher Staaten auf Besitz und Verfügungsgewalt über Kernwaffen besonders zu begrüßen. Der Leiter der DDR-Beobachterdelegation in Genf und stellvertretende Außenminister der DDR, Georg Stiller, beschloß das Streben der westdeutschen Regierung nach Kernwaffenbesitz als ein Instrument der Erpressung und des Krieges gegen die DDR und andere europäische Staaten, wodurch eine Annäherung der beiden deutschen Staaten unmöglich gemacht und die Spaltung unserer Nation vertieft wird.

Wenn heute oder morgen auch noch keine vollständige Abrüstung erreicht werden kann, so gilt es aber doch, vor allem in diesem Verhandlungsstadium, unbedingt einen Atomsperrvertrag, das heißt die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen, durchzusetzen. Das entspricht auch dem Wunsch der DDR und aller friedliebenden Kräfte in Europa, die an einer baldigen Verringerung der Spannungen zwischen den beiden deutschen Staaten interessiert sind.

Dipl.-Ing. B. Schwabe, wissenschaftlicher Assistent am Institut für Textilmaschinenkonstruktion

Der Vorschlag unserer Regierung auf Verzicht von Kernwaffen in beiden deutschen Staaten geht von den Wünschen und den Friedenswünschen unserer Bürger aus. Auch die Mehrheit der Bürger in Westdeutschland ist für Entspannung und einen dauerhaften Frieden in Europa. Das beweisen sie bereits durch zahlreiche Proteste, die gegen eine atomare Aufrüstung in Westdeutschland und Verfügungsgewalt Bonn über die Massenvernichtungswaffen gerichtet waren.

Die erneute Bereitschaft der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, auf die Lagerung und Verfügungsgewalt über Kernwaffen in beiden deutschen Staaten zu verzichten, beweist ihr ständiges Streben, Schritte zur Abrüstung einzuleiten und einen weltweiten Frieden zu sichern. Diese echte Friedensinitiative unserer Regierung wird von allen friedliebenden Menschen in der Welt unterstützt. Wir erwarten nun von der Regierung der Bundesrepublik ihre Bereitschaft zu erklären, einen Vertrag über den Verzicht auf Kernwaffen abzuschließen. Damit könnte Westdeutschland einen entscheidenden Beitrag zur Entspannung und zur Minderung einer atomaren Kriegsfahrt in Europa leisten.

Dipl.-Ing. oec. H. Bechtel, Institut für Polygrafie

„Hochschul-Spiegel“
Redaktionskollegium: Dipl.-Lehrer H. Mada (Redakteur), Dipl. päd. R. Böhm, Ing. Chr. Dilling, Dipl.-Sportl. G. Hauck, Dipl. phil. A. Heidemann, K. Hofmann, Dipl. hist. A. Hupfer, Dr.-Ing. F. Lohwasser, A. Lohse, Dr. rer. nat. M. Schneider, E. Schreiber.
1373

Neue Wege in der Lehre beschreiten!

Von Dr.-Ing. H. Kunow, Dozent am Institut für Betriebsanlagen

Das Staatsexamen für das Hoch- und Fachschulwesen unterbreitet allen Institutionen der Universitäten und Hochschulen der Deutschen Demokratischen Republik sowie deren gesellschaftlichen Organisationen den Entwurf der „Prinzipien“ zur weiteren Entwicklung der Lehre und Forschung an den Hochschulen der Deutschen Demokratischen Republik, im laufenden Kurs mit „Prinzipien“ bezeichnet, und stellt diese zur Diskussion.

Der Verfasser möchte Gedanken zu einigen Problemen äußern, die in ersten Diskussionen behandelt wurden. Die Notwendigkeit, die „Prinzipien“ zu diskutieren und nach ausführlicher Diskussion mit Hinweisen und Ergänzungen einzuführen, ergibt sich unter anderem aus folgenden Faktoren:

Die Durchsetzung der wissenschaftlich-technischen Revolution erfordert einen hohen Bildungsstand aller Mitglieder der Gesellschaft. Dem haben Partei und Regierung durch die Verabschiedung des Gesetzes über das einheitliche sozialistische Bildungssystem Rechnung getragen. Folgerichtig muß das Gesetz auf dem Gebiet des Hochschulwesens durchgesetzt werden. Die „Prinzipien“ basieren auf diesem Gesetz und gehen konform mit den Aufgaben der Volkswirtschaft. Diese großen Aufgaben können nicht gelöst werden, wenn man nicht zweckentsprechend an den Universitäten und Hochschulen die Kräfte dafür ausbildet.

An unserer Technischen Hochschule sind Ausbildungs- und Erziehungspläne ausgearbeitet und

Zur Problematik des maximalen Zuwachses an Nationaleinkommen

(Fortsetzung von Seite 3) Konzentration und Kooperation der Forschungsarbeit zu betrachten, sondern auch vom Gesichtspunkt der Auswirkungen auf die Ausbildung und Erziehung. Die Lehre ist schließlich die Haupt-

aufgabe der Hochschule. In diesem Zusammenhang müssen auch die bisherigen Ausbildungsansätze durchdacht werden. Sie müssen mit den steigenden Bedürfnissen der Volkswirtschaft und der technischen Revolution über-